

## NIEDERSCHRIFT

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	16.11.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	18.15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

**Anwesend waren:**

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -  
Stv Elter, Uwe  
Stv Flohren, Angelika  
AM Kaiserling, Carl-Norbert  
AM Kamieth, Jens  
Stv Katz, Reinhilde  
AM Kessler, Irene - für Stv Schmidt, André bis 16.30 Uhr -  
Stv Krombach, Ulrich  
AM Nell, Karl-Heinz  
Stv Neubauer, Hans Peter - bis 18.10 Uhr -  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schmidt, André - ab 16.30 Uhr -  
AM Tigges, Johannes - bis 18.10 Uhr -  
Stv Wolf, Marianne - für Stv Eberlein, Klaus-Peter -

II. Beratende Mitglieder:

AM Griffig, Thomas  
AM Kill, Erika  
AM Pastor Klein, Horst  
AM Löwenberg, Horst  
AM Max, Christian  
AM Mücke, Helga  
Stv Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

AM Kessler, Irene - ab 16.30 Uhr bis 17.50 Uhr -

IV. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr

Städt. OVR Fischer  
Städt. VR Häuser  
Städt. OAR Hülsmann  
VA Bablich - bis 17.25 Uhr -  
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

Stv Eberlein, Klaus-Peter

### Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss erklärt sich mit einer Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte 3.1 und 4.1 im öffentlichen Teil einverstanden.

## **A      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Nell bestimmt.

6. AfSFS 16.11.2000

### **2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.09.2000**

Die Frage nach der Zuschusshöhe an den Paritätischen Wohlfahrtsverband und insbesondere die Differenz zwischen den Zuschüssen 1999 und 2000 konnte in der Sitzung nicht hinreichend beantwortet werden, so dass Frau Mücke nähere Erläuterungen in der Niederschrift erwünscht hätte.

Herr Fischer bietet Frau Mücke ein persönliches Gespräch zur Klärung an.

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

6. AfSFS 16.11.2000

### **3.      Fragestunde**

#### **3.1      Experimentierklausel im Rahmen der Gewährung von Sozialhilfeleistungen (§ 101 a BSHG)**

- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2000 -

Die von Herrn Dr. Rohr vorgetragene Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Zusatzfrage von Frau Flohren, ob die Stadt Siegen nicht zumindest teilweise (prozentual zur Kostentragung der Sozialhilfeleistungen) an Überlegungen zur Erprobung zur Pauschalierung der Sozialhilfe beteiligt werden könne, beantwortet Herr Dr. Rohr mit nein, da die Stadt Siegen mit keinem Anteil örtlicher Träger der Sozialhilfe wird.

6. AfSFS 16.11.2000

### **4.      Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

#### **4.1      Kommunale Beschäftigungsförderung**

- Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.11.2000 -

Herr Dr. Rohr verliest eine Erklärung, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Die Ausschussmitglieder Flohen, Nell, Rujanski und Nauck wünschen die kurzfristige Erarbeitung einer Verwaltungsvorlage, damit die entsprechenden Informationen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2001 berücksichtigt werden können.

Herr Dr. Rohr plant, die Vorlage bis spätestens Ende Februar 2001 im Ausschuss zu präsentieren. Mit dem Kämmerer hat er vereinbart, die finanztechnischen Erfordernisse im Haushaltsplan 2001 nachzuarbeiten, sollte dies erforderlich werden.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. AfSFS 16.11.2000

## 5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlagenr. 730/00 - Vorlage vom 06.10.2000 -

Herr Fischer legt dar, dass die Neubildung einer Dreizehner-Kommission das Ergebnis der Beratung im Jugendhilfeausschuss am 17.10.2000 war. Diese Kommission soll sich nach dem Willen des Jugendhilfeausschusses aus je einem Vertreter der 5 Fraktionen, 5 Vertretern des Ausländerbeirates und 3 Vertretern des

Stadtjugendringes zusammensetzen. Weiterhin soll ein Mitarbeiter der Jugendverwaltung mit beratender Stimme beteiligt werden. Die Federführung liegt bei der Jugendverwaltung.  
Zwischenzeitlich wurden aus den Reihen des Ausländerbeirates 5 Vertreter benannt. Sobald auch die Fraktionen und der Stadtjugendring ihre Vertreter benannt haben, wird Herr Fischer das Gremium kurzfristig einladen. Die Zuschussmittel des Landes sind bereits bei der Stadtkasse eingegangen. Mit der Kämmererei ist abgestimmt, dass diese Mittel haushaltstechnisch bis 31.12.2001 zur Verfügung stehen, Förderzusagen können bereits in 2000 getroffen werden. Derzeit liegen der Jugendverwaltung 6 Anträge vor.

Die Ausschussmitglieder Dr. Stötzel, Rujanski, Flohen und Krombach sprechen sich dafür aus, die erforderlichen Schritte zur Bewilligung zügig umzusetzen.

Herr Fischer wiederholt, dass er tätig wird, sobald die Fraktionen und der Stadtjugendring ihre Vertreter benannt haben.

### Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt die Neubildung einer Dreizehner-Kommission. Diese Kommission setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der 5 Fraktionen, 5 Vertretern des Ausländerbeirates und 3 Vertretern des Stadtjugendringes. Weiterhin ist ein Mitarbeiter der Jugendverwaltung mit beratender Stimme zu beteiligen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. AfSFS 16.11.2000

## 6. Siegener Ausweis - Sachstandsbericht

Vorlagenr. 772/00 - Vorlage vom 19.09.2000 -

Auf Frage von Herrn Dr. Stötzel antwortet Herr Dr. Rohr, dass nach der im Rat beschlossenen Änderung der Entgeltordnung für die Volkshochschule Siegen Nachteile für Inhaber des Siegener Ausweises entstanden sind. Der befürchtete Nutzerrückgang ist jedoch ausgeblieben, genaue Aussagen zu den Auswirkungen können Ende Januar 2001 nach Abschluss des Wintersemesters getroffen werden. Er bittet, die Diskussion dieses Themas zurückzustellen, bis dass eine diesbezügliche Detailvorlage erstellt wurde.

Herr Rujanski bittet, dem Grundgedanken der „Neuen Steuerung“ und „Budgetierung“ mehr Rechnung zu tragen, indem nicht von Einnahmeausfällen im Bereich der Volkshochschule, sondern über einen gesamten Sozialetat gesprochen wird.

Den Hinweis von Herrn Kamieth wird Herr Bablich zum Anlass nehmen, erneut über eine Presseveröffentlichung zur besseren Vermarktung des Siegener Ausweises nachzudenken.

Bereits in der Sitzung am 19.01.2000 hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Nutzungsbeschränkung für Inhaber des Siegener Ausweises im Bereich der Volkshochschule gestimmt, so Herr Krombach. Grundtendenz sollte sein, sozial schwächer gestellten Personengruppen die Teilnahme an VHS-Kursen zu ermöglichen. Aus diesem Grund wird er gegen die Vorlage stimmen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht zum Siegener Ausweis zur Kenntnis und beschließt, die Ausgabe des Siegener Ausweises nach den derzeit gültigen Richtlinien weiterzuführen.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

6. AfSFS 16.11.2000

#### **7. Satzung zur Delegation der Sozialhilfeausgaben im Kreis Siegen-Wittgenstein mit Wirkung vom 01. Januar 2001**

Vorlagenr. 788/00 - Vorlage vom 19.09.2000 -

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt die Satzung zur Delegation der Sozialhilfeaufgaben im Kreis Siegen-Wittgenstein, die zum 01. Januar 2001 in Kraft treten soll, zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

6. AfSFS 16.11.2000

#### **8. Standards in Obdachloseneinrichtungen der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 789/00 - Vorlage vom 02.11.2000 -

Herr Häuser weist auf einen Fehler im Beschlussvorschlag hin, in dem es anstelle von „Fachstelle für Wohnungslosenhilfe“ neu „**Fachstelle für Wohnungsnotfälle**“ heißen muss.

Herr Schmidt befürwortet die in der Vorlage dargestellten Inhalte der Mindeststandards. Er kritisiert, dass die Wünsche des Bezirksausschusses VI - Siegen-Eiserfeld - bezüglich der Weiternutzung des Gebäudes Am Schlehdorn 2 (Verkauf und Herrichtung oder Abriss) nicht in die Vorlage eingearbeitet wurden. Um den definierten Standards mehr Gewicht zu verleihen, beantragt er, im Beschlussvorschlag das Wort „berät“ durch das Wort „beschließt“ zu ersetzen.

Vor dem Hintergrund, dass die KEG genügend nutzbaren und freistehenden Wohnraum anbietet, beantragt er weiterhin, dass der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen den Verkauf des Gebäudes Am Schlehdorn 2 beschließt. Die Verkaufserlöse der Gebäude „In der Furth 11“ (bereits beschlossen) und „Am Schlehdorn 2“ können zur notwendigen Herrichtung der übrigen 3 Gebäude verwendet werden.

Herr Löwenberg ist der Auffassung, dass sich der Ausschuss auf die Bereitstellung von 200 TDM zur Durchführung notwendiger Maßnahmen verständigt.

Die Tatsache, dass von den derzeit existierenden 22 Wohneinheiten lediglich 3 belegt sind, zeigt, so Herr Rujanski, dass die Kapazität überdimensioniert ist. Wie von Herrn Schmidt beantragt, spricht sich auch die SPD-Fraktion dafür aus, das

Gebäude „Am Schlehdorn 2“ zu verkaufen. Mit den Erlösen sollten vordringlich die Gebäude „Schachtweg 23“ und „Stahlstraße 3“ hergerichtet werden.

Herr Häuser erklärt, dass seines Erachtens mindestens 30 Wohneinheiten erforderlich sind. Die bestehenden 22 Wohneinheiten sind bereits ein Kompromiss, der in Absprache mit der Kämmerei getroffen wurde. Teilweise erfolgt derzeit eine kosten-intensive Unterbringung in Hotels, da die Unterkünfte unbewohnbar sind. Sollte künftig ein Mehrbedarf gegenüber den von Herrn Schmidt beantragten zu erhaltenen 16 Wohneinheiten entstehen, sind entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten neu zu schaffen.

Auch Herr Krombach sieht den Mindestbedarf bei 22 Wohneinheiten. Zur Anschubfinanzierung der Herrichtung der 4 Gebäude können die Verkaufserlöse aus dem bereits beschlossenen Gebäudeverkauf „In der Furth 11“ herangezogen werden. Zur Erzielung der in der Vorlage dargestellten und vom Ausschuss befürworteten Mindeststandards beantragt er, den Gesamtfinanzierungsbedarf in Höhe von 674 TDM in den kommenden 3 Haushaltsjahren in den Haushalt einzustellen.

Herr Klein schlägt vor, das Instrument „teilstationäres Wohnen“ zu überdenken. Hierbei wird der betroffene Personenkreis in der Zeit nach dem Einzug in eine neue Wohnung entsprechend betreut. Er bittet darum, dass die Stadt Siegen mit den Wohnungsgenossenschaften und evtl. auch mit der KEG in Verhandlungen eintreten sollte, um entsprechende Betreuungsmodalitäten zu entwickeln. Eine Reduzierung der Wohneinheiten kann nur in verantwortungsvollem Rahmen geschehen. Wenn eine Reduzierung auf 16 Wohneinheiten beschlossen wird, so sind diese zumindest menschenwürdig unter Einhaltung der entwickelten Standards herzurichten.

#### **Beschluss (berichtigt von Herrn Häuser und in Abänderung auf Antrag von Herrn Schmidt):**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt die von der Fachstelle für Wohnungsnotfälle definierten Standards für die Obdachloseneinrichtungen der Stadt Siegen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

---

#### **Beschluss (auf Antrag von Herrn Krombach):**

Die derzeit vorgehaltenen 22 Wohneinheiten bleiben erhalten. In den kommenden 3 Haushaltsjahren werden 674 TDM zu deren Herrichtung in den Haushalt eingestellt.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
12 Stimmen dagegen**

Der Antrag ist somit abgelehnt.

---

#### **Beschluss (auf Antrag von Herrn Schmidt):**

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt den Verkauf des Gebäudes „Am Schlehdorn 2“. Der Verkaufserlös aus dem Verkauf dieses Gebäudes zuzüglich zu dem Erlös aus dem Verkauf des Gebäudes „In der Furth 11“ (bereits beschlossen) werden zur Herrichtung der verbleibenden 3 Obdachloseneinrichtungen verwendet.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**